

mehr zu rechnen war, erzeugen sollte. Es ist wohl eine der hervorragendsten Großtaten der deutschen Wissenschaft und Industrie, dieses Problem nicht nur theoretisch gelöst, sondern so rasch zur praktischen Durchführung gebracht zu haben, daß die Vaterlandsverteidigung niemals ernstlich unter Munitionsmangel zu leiden hatte. Die Lösung bestand darin, daß in kürzester Zeit gigantische Anlagen geschaffen wurden, um den für die Sprengmittelherzeugung wirksamen Bestandteil des Chlorsalpeters, den Stickstoff, aus der Luft zu gewinnen. Solange man noch nicht wußte, ob diese Anlagen rechtzeitig entsprechende Produktionsergebnisse liefern würden, bildete die Stickstoffversorgung eine ernste Gefahr und den Gegenstand schwerer Sorgen. Seit der Vollendung der Anlagen jedoch bestehen diese Sorgen nicht mehr, die Stickstoffversorgung ruht vielmehr jetzt bei uns auf weitaus sicherer Grundlage als jemals vorher und als bei den Gegnern, denn sie erfolgt an ungefährdeten Orten und schöpft aus dem unererschöpflichen Reservoir der uns umgebenden Luft, während die Entente nach wie vor auf den jetzt mehr denn je gefährdeten Seeweg angewiesen ist.

Auch die für die Munitionsherstellung wichtigen Metalle, in erster Linie Kupfer, wurden von den Mittelmächten in Friedenszeiten, abgesehen von der ziemlich unbedeutenden Produktion aus eigenen Erzen, aus dem Auslande bezogen. Bald nach Kriegsausbruch war man sich klar darüber, daß auf weitere Zufuhr ausländischen Materials nicht mehr gerechnet werden könne und daß die Steigerung der heimischen Erzproduktion nicht in einem zur Deckung des Erfordernisses ausreichenden Maße möglich sei. Das Problem bestand demnach darin, die früher eingeführten und in die verschiedensten Gebrauchsformen umgewandelten Metalle greifbar zu machen und in Formen zu überführen, welche zur Munitionsherstellung geeignet sind. Die Statistik lehrte, daß die vorhandenen Bestände sehr beträchtlich sind und daß es sich nur darum handle, rechtzeitig Methoden zu ihrer Gewinnung zu schaffen. Seither ist diese Schwierigkeit überwunden worden, der Apparat der Metallaufbringung und -verarbeitung wurde den veränderten Verhältnissen angepaßt und konnte bisher allen Erfordernissen der Kriegführung, darunter auch sprunghaften Steigerungen der Munitionserzeugung, Rechnung tragen. Selbstverständlich müssen fortgesetzt neue Bestände herangezogen werden. Da dieselben vielfach als Gebrauchsgegenstände in der ganzen Bevölkerung verbreitet sind, müssen behördliche Verfügungen getroffen werden, um gegebenen Falles mit der Enteignung auf Grundlage des Kriegsleistungsgesetzes vorgehen zu können. Die mit der Metallaufbringung betrauten Faktoren haben sich hierbei von dem Grundsatz leiten lassen, den Zwang nur im Falle unausweichlicher Notwendigkeit in Anwendung zu bringen, in erster Linie jedoch an die patriotische Opferwilligkeit der Bevölkerung zu appellieren und dieser durch die Schaffung der Möglichkeit freiwilliger Abgabe zu entsprechenden Preisen weiten Spielraum zu schaffen. Dieser Gedanke hat sich durchaus bewährt, da auf diese Weise der überwiegende Teil ablieferungspflichtiger Metalle im Wege freihändigen Einkaufes aufgebracht werden konnte und nur in Ausnahmefällen zur Requisition geschritten werden mußte.

Die erste, für weitere Kreise des Publikums wichtige einschlägige Verordnung wurde am 23. September 1915 verlaublich und an dieser Stelle eingehend besprochen („Neue Freie Presse“ vom 29. September 1915). Mit der Organisation des freihändigen Einkaufes wurde schon damals die Metallzentrale-Aktiengesellschaft, Wien, betraut, welche 628 „Kriegsmetalleinkaufsstellen“ in 453 verschiedenen Orten Oesterreichs errichtete. Trotz der Schwierigkeit der Aufgabe wurde dieselbe mit der Unterstützung der Magistrate von Wien und der übrigen autonomen Städte, der Bezirkshauptmannschaften sowie anderer Behörden und Körperschaften erfolgreich gelöst. Ganz besondere Verdienste hat sich hierbei der Verband österreichischer Eisenwarenhändler erworben, zu dessen Mitgliedern die Mehrzahl der Inhaber von Kriegsmetalleinkaufsstellen zählen.

Neuerdings sind nun wieder zwei Verordnungen von allgemeinerem Interesse erschienen, und zwar die Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien und im Einverständnis mit dem Kriegsministerium vom 24. Mai 1917, R. G. Bl. Nr. 233, betreffend die Verpflichtung zum Metallausbau aus Betriebs- und Industrieanlagen (im folgenden kurz als *Industriemetallverordnung* bezeichnet), und die Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien und im Einverständnis mit dem Kriegsministerium vom 25. Juni 1917, R. G. Bl. Nr. 271, betreffend die Inanspruchnahme und Ablieferung von Gegenständen aus Kupfer, Kupferlegierungen, Nidel und Aluminium (im folgenden kurz als *Baumessingverordnung* bezeichnet).

Die Industriemetallverordnung betrifft ein Gebiet der Metallbeschaffung, welches vom Kriegsbeginn an mit größter Sorgfalt bearbeitet wurde und welches den größten Teil der bisherigen Aufbringung lieferte. Es wurde frühzeitig erkannt, daß im Verlaufe des Krieges die Notwendigkeit eintreten würde, die in industriellen Apparaten und anderen Einrichtungen eingebauten Metallbestandteile für Heereszwecke in Anspruch zu nehmen. Die Metallzentrale-Aktiengesellschaft hat schon zu Beginn des Jahres 1915 die Industriellen auf die Gefahr aufmerksam gemacht, welcher sie sich aussetzen würden, wenn sie diesbezügliche Zwangsmaßnahmen abwarten würden, da zu befürchten sei, daß bei Inkrafttreten solcher Maßnahmen nicht mehr die Möglichkeit rechtzeitiger Ersatzbeschaffung gegeben sein würde. Die diesbezüglichen Anregungen fanden volles Verständnis bei der Industrie und ist die Metallzentrale-Aktiengesellschaft, gefördert von den beteiligten Behörden und unterstützt von den großen industriellen Verbänden, von dem angegebenen Zeitpunkt

Neue F

Neue Maßregeln zur Deckung des Metallbedarfes der Armee.

Von Ingenieur Edwin Seligmann,
Direktor der Metallzentrale-Aktiengesellschaft, Wien.

Mit fortschreitender Dauer des Krieges werden stets neue, naturgemäß immer umfassendere Maßnahmen zur Beschaffung derjenigen Rohstoffe notwendig, durch deren Absperrung die Entente hoffen, die Centralmächte in kurzer Zeit auf die Knie zwingen zu können. Nicht den Lebensmitteln bildeten die zur Munitionsherstellung erforderlichen Materialien, in erster Linie Sprengmittel und Metalle, einen wesentlichen Faktor in der Rechnung unserer Gegner. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß die Schöpfer des wirtschaftlichen Feldzugsplanes der Entente an dem baldigen Versiegen dieser Kriegsmittel nicht den leisesten Zweifel hegten und als Voraussetzung desselben lediglich die vollständige Durchführung der Blockade ansahen.

Nach nunmehr nahezu dreijähriger Kriegsdauer liegen reiche Erfahrungen auf dem Gebiete der Rohstoffbeschaffung vor, die wohl für alle in Betracht kommenden Materialien dahin zusammengefaßt werden können, daß eine Erschöpfung der Mittelmächte auf diesem Wege ausgeschlossen erscheint. Die Verhältnisse gestalteten sich wesentlich anders als der Kalkül der Gegner. Während diese nämlich glaubten, daß uns infolge Mangels an Rohstoffen die Herstellung der zu unserer Verteidigung notwendigen Waffen schon nach kurzer Kriegsdauer nicht mehr gelingen würde, zeigte es sich auf fast allen in Betracht kommenden Gebieten, daß die Gegner nicht mehr erreichen konnten, als uns vorübergehende Verlegenheiten zu bereiten. Diese Verlegenheiten bildeten zwar eine drohende Gefahr, jedoch nur insoweit, als für die Erzeugung des nicht mehr erlangbaren Rohstoffes noch keine inländischen Produktionsstätten geschaffen, beziehungsweise entsprechende Ersatzmittel oder aber Methoden zur Entbehlichmachung des mangelnden Rohstoffes gefunden waren. Als typisches Beispiel seien die Sprengmittel angeführt. Fast alle modernen Explosivstoffe werden aus Salpeter erzeugt, der in Friedenszeiten zum überwiegenden Teile aus Chile eingeführt wurde. Vor Ausbruch des Weltkrieges waren die Mittelmächte auf den Chlorsalpeter unbedingt angewiesen, und es war nicht abzusehen, wie man die ungeheuren Mengen von Explosivstoffen für den Heeresbedarf ohne dieses Material, auf das nun nicht